

Sehr geehrte Damen und Herren, geneigte Leserinnen und Leser,

Nach Angaben des statistischen Bundesamtes werden Frauen meines Jahrgangs – ich bin 1980 geboren - etwa 76 Jahre alt^[1]. Mit etwas Glück für alle Beteiligten werde ich es also noch erleben, dass auf diesem Planeten etwa im Jahr 2050 neun Milliarden Menschen leben^[2]. Glück meint dabei nicht so sehr meine persönliche Gesundheit, sondern das Wohlergehen der gesamten Menschheit. Denn aus heutiger Perspektive ist es keineswegs sicher, dass es den Gesellschaften auf diesem Planeten gelingen wird, universellen Wohlstand mit einem gedeihlichen Zustand unserer natürlichen Umwelt in Einklang zu bringen, um ein gutes Leben von neun Milliarden Menschen auf dieser einen Erde zu ermöglichen.

Es ist ein klares Bekenntnis, wenn im Jahr 2013 eine Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages festhält: „Trotz steigenden Wohlstands für die Weltbevölkerung muss – vor dem Hintergrund der Betrachtung der planetarischen Grenzen – insgesamt der Druck menschlicher Aktivität auf den Planeten abnehmen.“^[3] Gleichzeitig beschreibt die Enquete, wie schwer ein solcher Entkopplungsprozess von Wirtschaftswachstum und Ressourcenverbrauch sein wird, ganz zu schweigen von der noch größeren Herausforderung unseren Wohlstand auch darüber hinaus von einer steigenden Belastung der Senken zu trennen.

Wir schreiben mit diesem Bericht erneut einen riesigen Arbeitsauftrag ins Stammbuch der Politik. Dieser Auftrag wird zumal dann schwierig zu bewältigen sein, wenn unsere Prognosen zu den globalen Megatrends des 21. Jahrhunderts eintreffen. Vor allem jene, dass immer mehr Menschen auf unserem Planeten sich am Wohlstandsverständnis der Industrieländer, basierend auf einem riesigen Ressourcen- und Energieverbrauch, orientieren.

Nach welchem Wohlstandsverständnis werden die Menschen im Jahr 2050 leben? Wir wissen es nicht mit Sicherheit. Aber wir haben historische Erfahrungen aus verschiedenen Weltregionen. Betrachtet man die Entwicklung der früh industrialisierten Länder so zeigt sich zu Beginn der enge Zusammenhang von materiellem Wohlstand und steigender Zufriedenheit der Menschen mit ihren Lebensverhältnissen. Die Geschichte lehrt, dass die dringenden täglichen Sorgen und Nöte, dass Nahrung, Kleider und Unterkunft in den meisten Fällen vorrangig sind. Gleichzeitig zeigt der Blick in Gesellschaften mit einem hohen Pro-Kopf-Einkommen, dass sich Zufriedenheit und materieller Wohlstand ab einem gewissen Schwellenwert entkoppeln. Wohlstand in einem ganzheitlichen Sinn bedeutet für Menschen eben weit mehr als immer mehr materieller Wohlstand.

Die Enquete-Kommission schlägt in ihrem Bericht deshalb einen neuen Begriff von Wohlstand und eine neue Wohlstandsmessung vor, die neben dem materiellen Wohlstand auch soziale und ökologische Dimensionen von Wohlstand abbildet. Damit werden wir nicht nur dem Wohlstandsverständnis der Menschen besser gerecht, sondern stellen auch das Wachstumsparadigma in Frage. Rein quantitatives Wirtschaftswachstum führt eben nicht automatisch zu mehr materiellem Wohlstand für alle, mehr sozialer Gerechtigkeit und der Lösung der ökologischen Herausforderungen. Durch den vorgeschlagenen Indikatorensatz werden vielmehr die Zielkonflikte, die uns allenthalben begegnen deutlicher sichtbar: Wird unsere Gesellschaft ungleicher, wenn wir wachsen oder im Gegenteil gleicher? Erkaufen wir einen Abbau der Staatsverschuldung mit höherer Arbeitslosigkeit oder führt aktive Beschäftigungspolitik zu weniger Verschuldung? Bringt uns die aufwändige Senkung der Treibhausgas-Emissionen Einkommenseinbußen oder bremsen die

Folgen des Klimawandels unsere Wachstumschancen? All diese Fragen gilt es auch in Zukunft politisch zu beantworten. Der große Vorteil des vorgeschlagen Indikatorensatzes liegt nun genau in der Verdeutlichung dieser Zielkonflikte. Die politischen Akteure müssen dazu Lösungen anbieten. Die neue Wohlstandsmessung zwingt politisch Handelnde ihre Entscheidungen besser zu begründen, als dies heute vielfach der Fall ist. Im besten Fall befördert sie eine klarere Kultur der Rechenschaft in der Politik. Ich bin überzeugt, das stärkt auch das Ansehen der repräsentativen Demokratie.

Es ist auch ein positives Zeugnis der Responsivität der repräsentativen Demokratie, dass sie mit der Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ eine seit Jahrzehnten im wissenschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Raum laufende Debatte aufnimmt und im deutschen Parlament fortsetzt. Denn neu ist die Diskussion um Wachstum und Wohlstand keineswegs. Spätestens seit dem Bericht über die Grenzen des Wachstums an den Club of Rome aus dem Jahre 1972, weit vor meiner Geburt, werden diese existentiellen Fragen gestellt und diskutiert. Über die Auswirkungen dieser Debatte existieren unterschiedliche Einschätzungen. Viele sind enttäuscht, dass auf den dramatischen Problemaufriss keine adäquate Veränderung im politischen und gesellschaftlichen Raum folgte sondern sich im Gegenteil die Probleme an vielen Stellen noch verschärften. Andere betonen die unübersehbaren Erfolge der Debatte. Ein in breiten Teilen der Bevölkerung und der Politik gewachsenes Umweltbewusstsein gepaart mit einer steigenden Bedeutung ökologischer Orientierung der Akteure in Zivilgesellschaft und Politik, legt davon Zeugnis ab.

Ähnlich verhält es sich auch mit der Enquete-Kommission. Gemessen an den Problemen, die sich uns stellen, mögen die im Konsens erzielten vorliegenden Ergebnisse zögerlich erscheinen. Gemessen an der Schwierigkeit, den äußerst umfassenden und anspruchsvollen Einsetzungsbeschluss des Deutschen Bundestages zu erfüllen, sind die Ergebnisse äußerst beachtlich.

Die Antworten unserer Kommission sind umso präziser je konkreter die Fragestellung lautet, und an manchen Punkten sind den Mitgliedern der Enquete-Kommission, so unterschiedlich sie waren, erstaunlich weitgehende Konsense gelungen. Etwa die Beschreibung der Konsequenzen, die die Einhaltung der Belastungsgrenzen unseres Planeten für unser Wirtschaften hat, die Vorschläge für ein Finanzsystem, das stabiles, nachhaltiges Wirtschaften fördert oder die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, die ein nachhaltiger Konsum erfordert. Damit ist die Enquete eine weitere Etappe auf einem anspruchsvollen Aufstieg.

Weitere Wegstrecken müssen folgen. Denn trotz der vielfältigen Handlungsempfehlungen, die diese Kommission vorlegt, ist es noch ein weiter Weg vom Erkennen und Beschreiben der Probleme bis zur Entwicklung und schließlich zur Umsetzung tragfähiger Politikansätze für die hier behandelten Bereiche.

Für die im Zeitverlauf insgesamt 62 Mitglieder¹, die als parlamentarische Mitglieder und externe Sachverständige an der Enquete-Kommission mitgewirkt haben, waren die reichlich zwei Jahre Arbeit ein spannender, anstrengender und lehrreicher Prozess. An dessen Ende können wir stolz sein auf das erreichte Ergebnis, aber sind auch motiviert dazu beizutragen, dass die notwendige Debatte

¹ ordentliche wie stellvertretende Mitglieder

weiter geführt wird und die Empfehlungen der Kommission umgesetzt werden.

Ich danke allen, die am Entstehen des Berichtes beteiligt waren und allen, die daran mitarbeiten, dass die Debatte weiter intensiv geführt wird und in politisches Handeln mündet.

Ich wünsche Ihnen viel Spaß beim Lesen.

[1] <#_ftnref1>Die Lebenserwartung hat sich damit, innerhalb von reichlich 100 Jahren, in Deutschland verdoppelt.

[2] <#_ftnref2>siehe Seite 422

[3] <#_ftnref3>siehe Seite 594